Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

21. Oktober 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Während mitten in Wilferdingen die beiden quadratischen Gebäude des neuen Kinder- und Jugendcampus mit einer Mensa und Kernzeitbetreuung sowie einem Kindergarten mit dringend benötigten Plätzen wachsen, verdeutlichte die vergangene Ratssitzung die Strahlkraft des Projekts für die Umgebung. So bringt der Neubau nicht nur Synergien für die Mittagsverpflegung an allen Remchinger Schulen und Kitas, sondern veranlasste die Gemeinde auch, ein Verkehrskonzept für den gesamten Wilferdinger Ortsteil östlich der Hauptstraße zu erarbeiten.

Einstimmig beschloss der Rat das kommunale Verpflegungskonzept, das künftig vorsieht, von einer Produktionsküche in der neuen Mensa neben der Wilferdinger Grund- und Realschule auch sieben weitere Einrichtungen zu bedienen. Bisher gibt es an allen Standorten Einzellösungen durch Caterer, an der Realschule gar kein warmes Mittagessen. Sabine Chilla (Pro Schulverpflegung) präsentierte das Konzept: Das Essen soll aus tiefgekühlten Komponenten zubereitet werden, ergänzt durch frischen Salat oder Nachtisch– zu einem Drittel aus Rohkost, zu 20 Prozent aus Bioware. Für eine komplett frische Zubereitung solcher Stückzahlen fehle schlichtweg das Fachpersonal, erfuhr Hans Zachmann (CDU) auf Nachfrage.

Für die Kitas soll es an zwei von fünf, für die Schulen an vier von fünf Tagen neben dem vegetarischen Angebot auch Fleisch oder Fisch geben. Die Bestellung soll mit etwa einer Woche Vorlauf und einer Stornierungsmöglichkeit bis zum Vorabend oder Morgen über ein vom Caterer anzubietendes Internetportal erfolgen. Ein begrenztes Angebot für „Spontanesser“ könnte insbesondere für ältere Schüler die Anreize erhöhen. „Ab einem gewissen Alter wird es sonst uncool, in die Mensa zu gehen“, berichtete Chilla aus Erfahrung. „Verlässliche Esser“ seien dagegen die Fünft- und Sechstklässler. Dass der Caterer im Angebot für „Spontanesser“ frei bleibt, beschloss der Rat auf Antrag von Tomislav Glavas (SPD). Ein freier

Verkauf von Snacks oder entsprechende Automaten seien bisher nicht angedacht, erfuhr Alexander Schwenk (FWV). Ebenso einstimmig beauftragte der Rat die Ausschreibung für die Mittagsverpflegung.

Vor größeren Verkehrsmaßnahmen will Gemeinde Campus-Fertigstellung abwarten

Verkehrsplaner Tim Wiesler (Planersocietät) präsentierte Maßnahmenvorschläge, um die Verkehrssituation mit Fokus auf den Campus zu verbessern. Die aus Verkehrserhebungen und zwei Bürgerbeteiligungen erstellten Vorschläge reichen von zusätzlichen Querungshilfen durch „Gehwegnasen“ oder Baumscheiben in Nebenstraßen über verkehrsberuhigte Bereiche mit Schrittgeschwindigkeit bis hin zu eingezeichneten Parkflächen – etwa in der Pforzheimer Straße, den Nebensträßchen um den Campus oder zur Verringerung des Abkürzungsverkehrs in der Hilda- und Friedrich-Ebert-Straße. Bereits bei den Beteiligungen kontrovers diskutiert wurde die Schwarzwaldstraße als Fahrradstraße mit mobilen Pollern und Zufahrtsberechtigung für Anwohner über Seitenstraßen – ebenso wie die Möglichkeit, den Kutscherweg zwischen Dürerstraße und Im Grund als Einbahnstraße zu gestalten. Das könne durch breitere Fußwege die Attraktivität des 300 Meter von der Schule entfernten Friedhofsparkplatzes für Lehrer und Erzieher steigern, so Wiesler.

Bauamtsleiter Markus Becker und Bürgermeisterin Julia Wieland betonten, dass alles nur Vorschläge seien – leicht umsetzbare für die nächste Verkehrsschau und aufwendige, die mittelfristig intensive Bau- und Haushaltsplanungen benötigten. „Zuerst warten wir den neuen Status quo nach Fertigstellung des Campus ab und gehen dann wieder in die Beratungen“, verdeutlichte Becker. Gerade verkehrsberuhigte Bereiche könnten längere Diskussionen auch mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde nach sich ziehen, da diese einen gewissen Platzcharakter erwarte, erfuhr Sascha Rebmann (FWV) auf Nachfrage. Ute Praefcke (BL) bat, bei Einschränkungen die umliegenden Betriebe mit LKW-Verkehr nicht außer Acht zu lassen. Justine Leonhardt (FWV) regte an, direkten Anwohnern das Parken auf dem Friedhofsparkplatz zu ermöglichen und erfuhr, dass ein Schreiben an die Anwohner der Dürerstraße bereits rausgegangen sei.

Weitere Arbeiten für Hallenbadsanierung vergeben

Einstimmig vergab der Remchinger Gemeinderat weitere Arbeiten für die laufende Sanierung der Turn- und Schwimmhalle in Singen: Rohrsanierungsarbeiten (rund 85.000 Euro), Aufzugsanlagen (106.000 Euro), Fensterbauarbeiten (315.000 Euro) Heizung-, Lüftungs- und Sanitärarbeiten (2,8 Millionen Euro) sowie Elektrotechnik-Anlagen (528.000 Euro). Die drei letztgenannten liegen insgesamt 330.000 Euro unter dem bei der Ausschreibung

angenommenen Budget. Die Mehrkosten für die Rohrsanierungsarbeiten konnten die Planer erst in der fortgeschriebenen Kostenberechnung berücksichtigen.

Weiter viel Kritik an der Grundsteuerreform

Mit einer Enthaltung beschloss der Remchinger Rat die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer, um das Grundsteuerreformgesetz zu erfüllen – für die Grundsteuer A auf 397 von Hundert, für die Grundsteuer B auf 189 von Hundert. Wie berichtet bleiben die gesamten Grundsteuereinnahmen für die Gemeinde im Zuge der Aufkommensneutralität unverändert, es kommt jedoch zwangsläufig zu einer Umverteilung, von der insbesondere Besitzer von Gewerbegrundstücken zulasten der Eigentümer von Einfamilienhäusern profitieren. Kämmerer Frank Burghardt bezifferte die Summe der Umverteilung auf 80.000 Euro, was in Summe nicht außerordentlich viel, im Einzelfall jedoch erheblich sein könne.

Zuvor hatte Gerhard Zachmann in der Bürgerfragerunde gefragt, ob die Gemeinde im Gegenzug die Gewerbesteuer erhöhen wolle. Auf diese Weise die streitbare Entscheidung der Bundes- und Landespolitik auszugleichen, halte er für die Gemeinde nicht für sinnvoll, so Burghardt: „Stattdessen werden wir den Druck auf die Landespolitik aufrecht halten.“ „Das Land hat in der Theorie etwas beschlossen, das die Kommunen in der Praxis nur mit Problemen umsetzen können“, kommentierte auch Bürgermeisterin Julia Wieland. Um langfristig mehr Einnahmen zu generieren, sei eine maßvolle Erweiterung der Gewerbe- und Wohnflächen angesagt, ergänzte Volker Bräuninger (SPD).

Antrag wegen Formfehlern vertagt

Mit knapper Mehrheit vertagte das Gremium den Antrag des FC Nöttingen zur Förderung eines Sichel-Mulchmähers in Höhe von 840 Euro. Zwar sahen die Räte den Zuschuss als gerechtfertigt an und erkannten ein Einsparpotenzial, da die Gemeinde bisher die Mäharbeiten für eine gemeindeeigene Böschung am oberen Sportplatz übernommen hatte. Volker Bräuninger (SPD) bemerkte jedoch, dass die im Antragsformular angegebene Zahl von 378 Mitgliedern 42 Prozent niedriger läge als beim vergangenen Antrag vor wenigen Monaten. „Es geht um einen geringen, gerechtfertigten Betrag – aber auch der FCN muss lernen, sich an Vorgaben zu halten“, bemerkte Martin Gegenheimer (CDU).

Polizeieinsätze und Hausverbote im Freibad

Mit einer Neufassung passte der Remchinger Gemeinderat die 1980 gefasste und 2020 um Corona-Sonderregelungen ergänzte Badeordnung für das Freibad an. Kämmerer Frank Burghardt hob aus aktuellem Anlass besonders die Erweiterung um ein Verbot von

Cannabis, illegalen Rauschmitteln und dem Mitbringen und Konsum von Getränken mit einem Alkoholgehalt über 20 Prozent hervor und verwies auf eine künftige Reinigungsgebühr von 25 Euro für mutwillige Verunreinigungen. Mit Vorschlag von Felix Casper (CDU) und Matteo Kammerer (Grüne) sollen nur alkoholische Getränke erlaubt sein, die Jugendliche ab 16 Jahren konsumieren dürfen. Außerdem enthält die neue Ordnung ein explizites Fotografier- und Filmverbot von Personen ohne deren ausdrückliche Genehmigung.

Insgesamt blickte Burghardt auf eine trotz Wetterkapriolen zufriedenstellende Saison mit über 3.500 verkauften Saisonkarten und über 100.000 Eintritten. Es habe drei konsequente Polizeieinsätze und elf Hausverbote für die Saison gegeben – unter anderem auch, nachdem sich Gäste nicht an eine angemessene Badekleidung und vorheriges Duschen gehalten hätten. Insgesamt habe die Gemeinde für das Freibad mit einem Verlust von 640.000 Euro geplant, vermutlich betrage er nach aktueller Prognose etwa 570.000 Euro.

Bolzplatzentscheidung könnte bald kommen

Bürgermeisterin Julia Wieland informierte, dass voraussichtlich Ende Oktober die artenschutzrechtliche Prüfung für das Gelände des Bolzplatzes unterhalb von Darmsbach vorliege und die Gemeinde dann weitere Schritte planen könne. Zudem verzögere sich die Brenn- und Sterholz-Bereitstellung in diesem Jahr voraussichtlich auf Ende November.

Julian Zachmann